

Beim Dispo schlagen Kreditinstitute richtig zu

MdL Diana Skibbe zur Verantwortung auch für den finanziellen Verbraucherschutz

Der Weltspartag - in Deutschland am 30. Oktober begangen - ist Anlass, auf grundsätzliche Probleme des finanziellen Verbraucherschutzes und der Verteilungsgerechtigkeit hinzuweisen. Mit gerade 0,05 Prozent ist der Zinssatz, zu dem sich die Banken bei der Europäischen Zentralbank Geld leihen, so niedrig wie nie. Geht es aber um die Zinsen für die Inanspruchnahme des Dispos bzw. bei geduldeten Überziehungen schlagen die Kreditinstitute richtig zu.

Gerade die Thüringer Sparkassen sind hier keineswegs zurückhaltend gegenüber ihren Kunden. Der Dispozinssatz beträgt hier elf und zwölf Prozent, während der Überziehungszinssatz zwischen 14 und 16 Prozent liegt. Auf Kosten der schwächsten Verbraucher wird eine enorme Gewinnspanne erwirtschaftet, die selbst im günstigsten Fall bei dem Zweihundertfachen des Leitzinses liegt.

Wir wiederholen deshalb nachdrücklich unsere Forderung nach einer gesetzlichen Deckelung der Dispozinsen auf fünf Prozent über dem Basiszinssatz. Dass dieser Ansatz auch realistisch ist, beweist das Beispiel einer Thüringer VR-Bank (Volksbank & Raiffeisenbank), die ihren Mitgliedern einen Dispo-Zinssatz von sechs Prozent anbietet.

Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander

Die LINKE wird auf jeden Fall an der Problematik dranbleiben, damit für die Thüringer Sparkassenkunden verbraucherfreundlichere Regelungen zur Anwendung kommen. Das fehlerhafte Grundkonstrukt des Geldvermögens ergibt sich aber aus der immer weiter auseinandergehenden Schere zwischen Arm und Reich. Hier sei auf eini-

ge Fakten hingewiesen: Nach der Vermögensbilanz der Bundesbank betrug das Nettogeldvermögen der Deutschen zum 30.09.13 3,5 Billionen Euro. Davon besitzen die obersten 0,1 Prozent der Haushalte im Durchschnitt ein Nettogeldvermögen von 19,3 Millionen Euro; sie allein können über so viel Geld verfügen wie 85 Prozent der übrigen Haushalte.

Die 40.000 wohlhabendsten Haushalte Deutschlands - darunter 123 Milliarden und über eine Million Millionäre - besitzen mehr als 770 Milliarden Euro; damit nennen sie dreimal so viel ihr Eigenes als die „ärmeren“ 32 Millionen deutscher Haushalte. Thüringen ist an dieser Entwicklung „nur“ mit 70 Einkommensmillionären beteiligt, deren Jahreseinkommen 2010 durchschnittlich 1,74 Millionen Euro betrug. Die untersten 20 Prozent der deutschen Haushalte sind im Schnitt „Besitzer“ eines negativen Geldvermögens von rd. 12.000 Euro. Nach Angaben des Paritätischen Gesamtverbandes hat Deutschland eine Armutsquote von 15,2 Prozent.

Die Ungleichheit wird verfestigt und weiter ausgebaut. Jeder zehnte Erwachsene gilt als überschuldet. Zu dieser Entwicklung hat auch enorm beigetragen, dass ab den neunziger Jahren jede Bundesregierung eifrig bemüht war, das „scheue Reh“ Kapital zu hätscheln und gleichzeitig Sozialstandards herunterzuschrauben, Reallöhne zu senken. So wurde 1997 die Vermögenssteuer ausgesetzt und die Gewerbeertragssteuer abgeschafft. Die Ver-



äußerungsgewinne für Unternehmensanteile an Kapitalgesellschaften wurden 2002 für steuerfrei erklärt und 2005 der Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer von 53 auf 42 Prozent gesenkt. 2008 wurde die Körperschaftssteuer von 25 auf 15 Prozent reduziert und Kapitalerträge werden nur noch pauschal mit 25 Prozent besteuert. Damit wird nach Gewerkschaftsberechnungen auf jährlich bis zu 75 Milliarden Euro Haushaltseinnahmen des Staates verzichtet.

Normale Sparanlagen faktisch ohne Guthabenzinsen

Arme Haushalte (untere 20 Prozent) haben im Durchschnitt 600 Euro auf Giro- und 650 Euro auf Sparkonten, aber auch eine durchschnittliche Kreditbelastung von 5.300 Euro, zum Großteil in Anspruch genommene Dispos. Dass diese mit immens hohen Zinsen belegt sind, ist geradezu pervers.

Bei normalen Sparanlagen oder auch Girokonten gibt es faktisch keine Guthabenzinsen bzw. bleiben diese weit hinter der Inflationsrate zurück. Die Kontoführungsgebühren sind aber gerade bei niedrigen Geldeingängen unverhältnismäßig hoch.

An dieser Stelle muss auch daran erinnert werden, dass nach Berechnungen der Europäischen Kommission über 600.000 Menschen in Deutschland kein Girokonto besitzen und für sie deshalb jede Geldtransaktion aufwändig ist und auch unverhältnismäßig teuer bezahlt werden muss.

Das Markenzeichen der LINKEN ist Gerechtigkeit. Wir stehen deshalb bei den Bürgerinnen und Bürgern in der Verantwortung auch für den finanziellen Verbraucherschutz. Die Bandbreite reicht von der Regelung angemessener Dispozinsen bis hin zur Stärkung der Verbraucherzentralen.

VON A BIS Z:

Zehn Jahre Hartz IV

Zehn Jahre nach der Hartz-IV-Reform ist die Bilanz verheerend, so betonte jetzt im Deutschlandradio Kultur der Politologe Christoph Butterwegge. Er sagte am 17. 11. u.a.:

Hartz IV war ein Reinfall. Was rot-grüne Reformpolitik an Wirtschaftsaufschwung und Entspannung auf dem Arbeitsmarkt bewirkte, hielt sich in Grenzen. Gemessen daran aber war der Preis viel zu hoch, den das Land und besonders seine unterprivilegierten Bewohner bis heute zahlen müssen. In keinem anderen Industriestaat wucherte der Niedriglohnsektor so krebszellenartig wie hierzulande. Viele Berufstätige haben kein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis mehr, das ihnen Schutz vor elementaren Lebensrisiken bieten würde. Wenn dieser jedoch gegeben ist, leisten sie vielfach Leiharbeit oder Zwangsteilzeit.

Das Gesamtarbeitsvolumen der Volkswirtschaft wurde seit der Jahrtausendwende nicht etwa vermehrt, sondern nur anders verteilt, genauer: aufgespalten in vielfach prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

In sozialer Hinsicht wirkte die Reformpolitik verheerend. Da die Reallöhne vor allem im unteren Einkommensbereich zum Teil drastisch gesunken sind und die Lohnquote auf einen historischen Tiefstand gefallen ist, können sich immer mehr Familien immer weniger von dem leisten, was der Mehrheit in unserem reichen Land als normal gilt.

WICHTIGE TERMINE

Wahl des neuen Thüringer Ministerpräsidenten:

Die mit großer Spannung erwartete Landtagssitzung zur Wahl des neuen Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow findet aller Wahrscheinlichkeit nach am Freitag, den 5. Dezember, statt.

Die endgültige Entscheidung über Termin und Uhrzeit trifft der Ältestenrat des Landtags, der nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe des Parlamentsreports tagen wird.

Presseinformationen, Hinweise zu Veranstaltungen und Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Kita-Plätze

Knapp 3.000 Kita-Plätze sind in den letzten zwei Jahren in Thüringen entstanden oder gesichert worden. Dafür wurden allein aus dem Bundesprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 14,8 Millionen Euro investiert, meldete der MDR. Damit sei das Programm in Thüringen komplett ausgeschöpft worden. Dennoch wird es für einzelne Kommunen schwierig, genügend Plätze bereitzustellen. Die Betreuungsangebote sind beispielsweise in Bad Frankenhausen schon jetzt bis zum Sommer 2015 komplett ausgebucht. Der Bad Frankenhäuser Bürgermeister Matthias Strejc sagte dem MDR Thüringen, wenn jetzt noch Eltern kurzfristig einen Platz bräuchten, müssten sie an umliegenden Dörfern vermittelt werden.

Fluthilfe

Die von der Hochwasserflut im Juni vorigen Jahres betroffenen Thüringer Kommunen haben für ihre Einsätze Finanzhilfen in einem Umfang von 16 Millionen Euro aus dem EU-Solidaritätsfonds beantragt. Wie das Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr mitteilte, wurden bislang insgesamt 237 Anträge gestellt. Aus dem erst im Sommer diesen Jahres aufgelegten Fonds in Höhe von 17,6 Millionen Euro für Thüringen können u.a. Einsatzkosten der Rettungsdienste und Schäden durch Starkregen beglichen werden. In Thüringen wurden bislang 109 Millionen Euro Fluthilfe für Privathaushalte, Unternehmen und Kommunen bewilligt. Anträge sind noch bis Mitte 2015 möglich.

Ausstellung

Noch bis zum 28. November zeigt der Landtag im Zwischengang zum Fraktionsgebäude die Ausstellung „Gesichter der Friedlichen Revolution“ mit Fotografien von Dirk Vogel. Sehr persönlich porträtiert wurden 63 Menschen, die an verschiedenen Orten in der DDR für demokratische Verhältnisse eingetreten sind und den Weg zur Einheit mitgestalteten. Der Dortmunder Fotograf Dirk Vogel besuchte 2009 die Protagonisten der politischen Wende von 1989. Die Schwarzweiß-Porträts zeigen die Akteure von damals an Orten ihrer Wahl und werden von biografischen Texten prominenter Autoren flankiert. Die Ausstellung ist außer an Plenartagen werktags von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr im Thüringer Landtag zu sehen.